

**Alles bleibt anders.  
Transformationserfahrungen seit 1989/90**

**18. Geschichtsmesse der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur  
26.-28. Februar 2026 in Suhl**

Unter diesem Titel widmete sich die diesjährige Geschichtsmesse der Frage, wie sich die andauernden Transformationsprozesse der deutschen Einheit auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die demokratische Kultur auswirken. Wie vollzieht sich Transformation zwischen individueller Biografie und politischer Gestaltung? Wie schlagen sich Umbrüche in Medienbildern und Erinnerungskulturen nieder? Welche Unterschiede gibt es zwischen urbanen und ländlichen Räumen? Diesen und weiteren Fragen widmeten sich mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet auf der 18. Geschichtsmesse, die vom 26.2. bis zum 28.2.2026 im thüringischen Suhl stattfand.

DR. ANNA KAMINSKY (Berlin), Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, eröffnete die Veranstaltung und gab den Teilnehmern den Appell mit auf den Weg, Diktatur- und Einheitsgeschichte gemeinsam zu denken.

In seinem Einführungsbeitrag betonte BASIL KERSKI (Düsseldorf) die zentrale Bedeutung universeller Menschenrechte für das Demokratieverständnis, das sich nach den Erfahrungen der politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts nach 1945 und insbesondere nach 1989 herausgebildet habe. Der Transformationsbegriff dürfe in diesem Zusammenhang nicht – wie lange geschehen – auf den technischen Umbau politischer und wirtschaftlicher Systeme reduziert werden. Vielmehr handele es sich um einen umfassenderen politischen Prozess: die Neuordnung Europas als Gemeinschaft demokratischer Staaten, deren Verfassungen universelle Menschenrechte ins Zentrum stellen und sich bewusst von geopolitischen Einflussphären distanzieren. Daraus leitete Kerski drei zentrale Punkte ab: Erstens plädierte er dafür, die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts nicht national zu verengen, sondern im Lichte universeller Menschenrechte zu betrachten. Zweitens sollte das Jahr 1989 stärker in seinen gesamt europäischen und transnationalen Verflechtungen verstanden werden. Drittens stellte er fest, dass die Bedeutung des Epochenumbruchs von 1989-1991 mit seinen tiefgreifenden Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und Kultur noch immer unterschätzt werde. In Rekurs auf Aleida Assmann und Bronisław Gremek schloss Kerski seinen Vortrag mit dem Gedanken, dass Frieden und Demokratie nicht nur durch Erinnerungskultur gestärkt würden, sondern auch durch die Vermittlung demokratischer Traditionen.

Das anschließende Gespräch mit Kerski und dem Thüringer Ministerpräsidenten MARIO VOIGT (Erfurt) eröffnete die Moderatorin NINE-CHRISTINE MÜLLER (Berlin) mit der Frage, welcher Begriff die 1990er Jahre am besten zusammenfassen könnte. Mario Voigt reflektierte anhand der eigenen Familienbiografie die Bedeutung des Wortes „Freiheit“ als Chance und Ermächtigung und unterstrich die Transformationskompetenz von Menschen mit Ostbiografien. Diese könnten aufgrund ihrer Umbruchserfahrungen möglicherweise adaptiver auf zukünftige strukturelle Herausforderungen und Umwälzungen reagieren. Gleichzeitig warnte er davor, trotz gemeinsamer Transformationserfahrungen von einer

homogenen ostdeutschen Identität auszugehen. Dem fügte Kerski hinzu, dass die Erfahrung der Wohlstandssicherung nicht zwangsläufig mit der Bereitschaft einhergehe, sich in solidarische und demokratische Prozesse einzubringen. Daran anknüpfend thematisierte Voigt die Frage, wie angesichts gegenwärtiger Herausforderungen an die Traditionslinien der europäischen Ideengeschichte – einschließlich ihrer ostmitteleuropäischen Perspektiven – angeknüpft und daraus ein gesamteuropäisches Narrativ entwickelt werden könne. Diese gemeinsame europäische Ideengeschichte sei, bekräftigte Kerski zustimmend, zu lange von den ökonomischen und technokratischen Dimensionen des Transformationsdiskurses überlagert worden. Mit Blick auf mögliche Lehren aus der Transformationszeit resümierten die Panellisten zum Abschluss der Diskussion zukunftsgerichtet: Es sei wichtig, so Voigt, optimistisch und zuversichtlich zu bleiben und in den Worten Ludwig Mehlhorns daran zu glauben, dass die „Zukunft immer offen und gestaltbar“ sei. Kerski fügte dem hinzu, dass es von Bedeutung sei, einen gewissen „demokratischen Wahnsinn“ zu bewahren.

Am Abend diskutierten DR. NANCY ARIS (Dresden) und SYLVIA LUCK (Suhl) mit der Moderatorin Nine-Christine Müller darüber, wie unterschiedlich die Transformationszeit in der Stadt und auf dem Land wirkte. Luck schilderte die Entwicklung Suhls nach der Wiedervereinigung: Darunter die starken Abwanderungsbewegungen aus der in der DDR gezielt zur Bezirkshauptstadt ausgebauten und zeitweise 56.000 Einwohner zählenden Stadt, deren Bevölkerung heute infolge von Betriebsschließungen, damit verbundener Massenarbeitslosigkeit und Überalterung unter 35.000 Einwohner liege. Auch die Aufrechterhaltung und Sanierung der auf eine größere Stadtgesellschaft ausgelegten Kultur-, Freizeit- und Infrastruktureinrichtungen erschweren bis heute die Anpassung der Stadt an die veränderten Rahmenbedingungen. Gleichzeitig verwies Luck auf diverse Ansätze mit der Schrumpfung umzugehen und neue Perspektiven zu schaffen, etwa durch zivilgesellschaftliches Engagement, kommunale Kooperationen und Innovationsprojekte. Die sächsische Aufarbeitungsbeauftragte Nancy Aris berichtet von den Erfahrungen eines Interviewprojektes, in dessen Rahmen zahlreiche Menschen in Sachsen zu den Folgen der Wiedervereinigung befragt wurden. Auf ländlichere Strukturen verweisend, betonte sie die besondere Bedeutung ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements von Vereinen und Initiativen. Wo kommunale Strukturen schwächer ausgeprägt seien, schafften diese vielfach selbst Kultur- und Freizeitangebote oder auch Infrastrukturprojekte. Die Transformation zu gestalten, sei in mancher Hinsicht sogar herausfordernder gewesen als in der Stadt, da weniger berufliche Ausweichmöglichkeiten und kulturelle Alternativen zur Verfügung gestanden hätten.

Der zweite Programmtag begann mit einem Podiumsgespräch zur Aktualisierung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. In seinem Impulsvortrag machte DR. ROBIN MISHRA (Berlin) deutlich, dass die Konzeption von 2008 angesichts neuer gesellschaftlicher und erinnerungspolitischer Herausforderungen überarbeitet werden musste. Im Mittelpunkt stünden die Förderfelder „Erhalt der historischen Orte“, „Digitalisierung und digitale Lebenswelten“ sowie „Vermittlung und Forschung“. Für NS- und DDR-Aufarbeitung seien keine Mittelkürzungen vorgesehen. Die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte sei derzeit nicht Teil der Konzeption.

Anschließend diskutierten DR. ROBIN MISHRA, DR. HELGE HEIDEMEYER (Berlin) und CORNELIA THIELE (Berlin) mit Moderatorin TINA HANDEL (Berlin) aktuelle Herausforderungen der Gedenkstättenarbeit. Im Fokus stand der Generationswechsel in der Zeitzeugenschaft: Mit deren Wegfall müssten Vermittlungsformate weiterentwickelt werden und der authentische Ort gewinne an Bedeutung – dessen Erhalt jedoch bei steigenden Kosten zunehmend schwieriger werde. Auch Künstliche Intelligenz oder Social-Media-Formate könnten diese Erfahrungen nicht ersetzen. KI berge zudem Risiken für die Glaubwürdigkeit historischer Vermittlung. Mit Blick auf eine Migrationsgesellschaft regten die Teilnehmer an, Flucht und Ausreise aus der DDR stärker als Migrationsgeschichte zu vermitteln.

Auf dem nächsten Panel diskutierten SILKE HEINZ (Leipzig), PROF. OLAF JACOBS (Berlin), PROF. DR. MARLIS PRINZING (Köln) und Moderator ERIC MARR (Zella-Mehlis) über den medialen Blick auf Ostdeutschland. Grundlage bildete das von Jacobs vorgestellte Rechercheprojekt „Der Osten in den Medien“, im Rahmen dessen 311 Millionen zwischen 1990 und 2020 erschienener Zeitungsartikel analysiert wurden. Die Ergebnisse zeigten, dass Ostdeutschland in der Berichterstattung insgesamt unterrepräsentiert und die Aufmerksamkeit stark anlassbezogen konzentriert ist – etwa rund um Jahrestage wie dem 3. Oktober und dem 9. November oder im Kontext von Wahlen. Gleichzeitig dominieren relativ stabile negative Zuschreibungen, während differenzierte Perspektiven und Alltagsdarstellungen lange Zeit eine geringere Rolle spielten. Heinz und Prinzing verwiesen darauf, dass sich die Situation teilweise verbessert habe, insbesondere dort, wo mehr Menschen mit ostdeutschen Biografien in redaktionelle Leitungspositionen gelangten. Alle Podiumsteilnehmer stimmten darin überein, dass eine einheitliche „ostdeutsche Perspektive“ nicht existiere, sondern vielfältige regionale Erfahrungen und Prägungen, die in der Berichterstattung stärker berücksichtigt werden müssten. Thematisiert wurden außerdem Fragen der Mediensozialisation und des unterschiedlichen Mediennutzungsverhaltens in Ost- und Westdeutschland, ebenso wie die Rolle sozialer Medien bei der Reproduktion und Verstärkung stereotyper Bilder. Einigkeit bestand schließlich darin, dass ein vielfältiger und regional verankerter Journalismus – insbesondere im öffentlich-rechtlichen Rundfunk – eine wichtige Voraussetzung für Vertrauen in Medien und damit für eine funktionierende demokratische Öffentlichkeit darstellt.

Der letzte Tag der Geschichtsmesse begann mit einem Podiumsgespräch unter dem Titel „Geschichte. Macht. Politik“ mit KAROLINE GIL (Stuttgart), PROF. DR. MARTIN SABROW (Potsdam) und moderiert von DR. ULRICH MÄHLERT (Berlin). Diskutiert wurde das Spannungsverhältnis zwischen politischer Einflussnahme auf Geschichtsschreibung einerseits und der Wirkung historischer Deutungen auf politische Entscheidungs- und Legitimationsprozesse andererseits. Gil betonte mit Blick auf Ostmitteleuropa die hohe gesellschaftliche und politische Präsenz von Geschichte. Teilweise sei auch eine politische Einflussnahme auf Geschichtsdiskurse – etwa in Polen – sichtbar. Sabrow hob dagegen hervor, dass eine direkte Einflussnahme im föderalen deutschen Forschungs- und Fördersystem kaum denkbar sei, wenngleich sie indirekt etwa über Projektförderungen oder die Gründung neuer Einrichtungen erfolgen könnte. Umgekehrt könne historische Forschung auch politische Wirkung entfalten – auch gegen politischen Widerstand, so Sabrow. Geschichtswissenschaft und Politik würden jedoch unterschiedlichen Logiken folgen: Während erstere auf Erkenntnisgewinn zielen und von Vielstimmigkeit leben, sei Politik auf Entscheidungen angewiesen. Historiker sollten Expertise bereitstellen, ohne affirmativ zu argumentieren oder selbst politische Entscheidungen zu treffen. Zum Abschluss der Diskussion rückte die Frage in den Mittelpunkt, welche Rolle historische Aufarbeitung für Verständigung und Versöhnung spielen könnte. Während Gil sie als Grundlage gesellschaftlicher Verständigung verstand und auf Fortschritte in der deutsch-polnischen Versöhnung verwies, argumentierte Sabrow, dass Geschichtswissenschaft nicht primär auf Versöhnung, sondern auf Erkenntnis zielen. Versöhnung entstehe mitunter gerade durch das bewusste Zurückstellen konflikthafter Vergangenheit – aus seiner Sicht ein Spannungsverhältnis zur Geschichtswissenschaft.

Das Abschlusspanel widmete sich unter dem Titel „Freiheit unter Druck?“ der Streitkultur und politischen Verantwortung in einer offenen Gesellschaft. In seinem Impulsvortrag reflektierte PROF. DR. ANDREAS RÖDDER (MAINZ), wie politische Meinungsäußerungen begrenzt würden. Auf rechtlicher Ebene verwies er auf verschärfte Regelungen bei Politikerbeleidigungen, neue, nicht strafrechtliche, aber verfassungsschutzrelevante Kategorien wie die „Delegitimierung des Staates“ sowie auf entsprechende Meldestellen. Auf politisch-kultureller Ebene schilderte er seine Beobachtung einer Verengung des Debattenraums durch moralisierende Markierungen und soziale Sanktionsmechanismen („silencing“, „chilling effect“). Zugleich gerate die Meinungsfreiheit durch Desinformation, „alternative Fakten“ und eine zunehmende Verrohung des Diskurses unter Druck. „Cancel Culture“ sei dabei kein Phänomen der

politischen Ränder allein. Autoritäre Reflexe könnten ebenso aus der politischen Mitte erwachsen, wenn im Namen der Demokratie Freiheitsräume vorschnell begrenzt würden. Voraussetzung einer funktionierenden Streitkultur sei ein „grundlegender Konsens über die Geltung von Tatsachen“ sowie eine „robuste Zivilität“, die klare Grenzen ziehe, zugleich aber kontroverse Positionen aushalte und auf respektvollem Umgang miteinander beruhe.

Im anschließenden Podiumsgespräch zwischen Andreas Rödder und MARKUS MECKEL (Berlin), moderiert von BLANKA WEBER (Leipzig), wurden Fragen der demokratischen Streitkultur vertieft. Meckel warnte vor einer Gefahr für die demokratische Ordnung durch den Aufstieg der AfD. Das Grundgesetz bezeichnete er als tragfähige Grundlage der Demokratie und plädierte dafür, es zur endgültigen gesamtdeutschen Verfassung zu erklären. Dessen Werte – insbesondere die in Artikel 1 verankerte Würde des Menschen – müssten als Leitmotiv einer offenen Gesellschaft verteidigt werden. Demokratie verlange zudem verlässliche parlamentarische Arbeit und parteiübergreifende Kompromisse; zunehmende Polarisierung schwäche jedoch ihre Tragfähigkeit. Rödder kritisierte die unter dem Begriff „Brandmauer“ zusammengefasste Ablehnung gegenüber der AfD als politisch wenig zielführend. Statt pauschaler Abgrenzung plädierte er für klar definierte rote Linien und eine offensivere politische Auseinandersetzung auf Basis „robuster Zivilität“. Den Wahlerfolg der AfD führte er auch auf Versäumnisse der politischen Mitte zurück und mahnte mehr Selbstkritik an. Zugleich sei ihr Aufstieg kein deutsches „Sonderphänomen“, sondern Ausdruck eines breiteren politischen Paradigmenwechsels – einer „Gegenrevolution“ der „Neuen Rechten“, die aktuell auch viele westliche Gesellschaften erfasse.

Die Video-Mitschnitte der Plenumsveranstaltungen der Geschichtsmesse können Sie unter diesem Link (<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/mediathek?term=Geschichtsmesse>) finden.

Wie in jedem Jahr bot auch die Geschichtsmesse 2026 neben fachlichem Input Projektträgerinnen und -trägern und Bildungsinstitutionen reichlich Raum zum Austausch auf dem „Markt der Möglichkeiten“ mit rund 47 Ausstellern sowie bei den insgesamt 55 Projektpräsentationen.

Autorinnen: Ulrike Döbel und Lena Ens, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur